

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Nr. 279.

Freitag den 28. November 1930.

88. Jahrgang.

Begrußpreis:

Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die Post
in Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
in Vert. M 1.80 m. Post-
bestellg. Preis frei.
Preis einer Nummer
10 J.

In Fällen höh. Gehalt
besteht kein Anspruch auf
Erfahrung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Begrußpreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Wiesl. Straße Nr. 24
7. Oberkell. Neuenbürg.

Deutschland.

Wegen Verschleppung der Wahlreform in Württemberg.

Stuttgart, 27. Nov. Otto Demme, der Vorsitzende des Verbands württ. Gewerbevereine und Handwerkerkammern, nimmt zur Wahlrechtsreform im Folgenden Stellung: Aus der württembergischen Tagespresse ist zu entnehmen, daß Landtagspräsident Pfleger beim Vortragsauschuss des Landtags angeregt hat, die Beratungen des neuen Landtagswahlgesetzes bis zur Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes für das Reich zurückzustellen. Dieser Anregung hat der Vortragsauschuss zugestimmt. Demzufolge soll in dieser Hinsicht alles beim Alten bleiben. Damit wäre zunächst der vom Verband württ. Gewerbevereine und Handwerkerkammern eingebrachte Gesetzesentwurf für ein neues Landtagswahlgesetz auf unbestimmte Zeit der Beratung und Erörterung entzogen, um in irgend einem Altentwurf laßt und ruhig einzuschließen. Ein triftiger Grund, die Beratungen im Württ. Landtag über diese brennende Frage kurzweg abzubrechen, weil im Reichstag darüber bislang noch nichts geschehen ist, liegt aber keineswegs vor, um so weniger, als doch im württembergischen Landtag ein Ausschuss dafür bestellt wurde. Parlamentarisch steht demnach der Enderfassung dieses Ausschusses nichts im Wege, alsobald die Beratungen eines neuen Wahlgesetzes für Württemberg aufgenommen. Nach dem erwählten Zustimmungsbefehl des Vortragsauschusses kann man sich des bestimmten Eindruckes nicht erwehren, daß sich maßgebende Persönlichkeiten, z. B. an führender Stelle, auch heute noch aus parteipolitischen und parteifaktischen Gründen den durchaus berechtigten Forderungen und Wünschen weiterer Wählerkreise entgegenstellen. Man sollte doch endlich einsehen, daß der deutsche Wähler nicht gewillt ist, sich auf die Dauer zu einem Stimmzetteltäger irgend einer Partei herabwürdigen zu lassen und daß er sich dagegen verwahrt, ihm von den Parteien durch das Wählerverfahren vorzuschreiben und zu diktiert, wenn er seine Stimme geben soll. Es ist deshalb völlig abwegig, an einem Wählerwahlgesetz festhalten zu wollen, das in Wirklichkeit in hohem Maße die eigentliche Kraft der heutigen politischen Bewegung bildet, den Partei zur Gründung von Spitzparteien gab und zu einem selbständigen Teil auch die Kräfte der heutigen Arbeiterbewegung ist. Wenn man berücksichtigt, daß der weitaus überwiegende Teil des württembergischen Volkes schon seit Jahren immer gebieterischer eine Veränderung des Wahlrechts gefordert hat und nunmehr unbedingt erwartet, daß die kommende Landtagswahl nicht nach dem alten Wahlrecht erfolgt, dann erscheint die Frage volkswirtschaftlich. Die Unlust weiterer Volkstrennung gegen das bestehende Wahlrecht ist eine so tiefgehende, daß es als höchste Aufgabe eines wirklichen Volksvertreters erscheinen muß, solchen Gefühlen in der Wählerenschaft nachzugehen und sich selbst ein Urteil zu bilden, was der Wähler verlangt und was ihm nicht gefällt. Dringende Hilfe tut bitter not, schon um der Verubigung und Zufriedenheit des Volkes willen. Handwerk und Gewerbe erhoffen vom württ. Landtag, daß dem Willen weiterer Kreise Rechnung getragen und ein neues Landtagswahlgesetz geschaffen wird.

Reichshandwerkerwoche vom 15. bis 22. März 1931.

Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeverbandes haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, in der Zeit vom 15. bis 22. März 1931 eine Handwerkerwoche für das Handwerk unter der Bezeichnung „Reichshandwerkerwoche“ zu veranstalten. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu sind in Angriff genommen; über ihren Fortgang wird regelmäßig berichtet werden. Angesichts des Mangels an Austrägen im Sonderdruck wird man den Bemühungen nur Erfolg wünschen können.

Ein Staatskommissar für Frankfurt a. M.

Die letzte Stadterverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. nahm am Dienstag ein in jeder Beziehung unerfreuliches Ende. Einmal hob die Sitzung alle in der vorigen Versammlung gefassten Beschlüsse über die Steuern auf. Die Fraktionen beharren auf ihren Beschlüssen, daß eine Steuererhöhung in der jetzigen Zeit für die Bürgererschaft untragbar ist. Mit diesem Beschlusse ist auch jede Verhandlungsmöglichkeit mit dem Magistrat und dem Wiesbadener Bezirksausschuß, als der nächsthöheren Instanz, gefallen. Nun wird ein Staatskommissar zur Weiterführung der städtischen Finanzzehnte ernannt werden. Wenn dann die Stimmung für kurze Zeit einigermaßen erträglich war, so änderte sich das Bild, als über Änderungen des Mieterschutzgesetzes verhandelt wurde. Das Mitglied der Wirtschaftspartei, Wegler, wurde, als er die Übernahme der Büromietwohnungen aus dem Gebiet forderte, durch Zwischenrufe der Kommunisten gestört. Besonders zeichnete sich dabei der kommunistische Stadterverordnete Widenbrenner aus. Als Wegler seinem Gegner die Bemerkung zurief: „Sie gehören besser ins Gefängnis als in ausländische Gesellschaft hier“ (Widenbrenner ist wiederholt schwer verbestraft), lief der Kommunist auf das Rednerpult zu, sagte Wegler davon und stürzte das Pult um. Es entstand zwischen Wirtschaftsparteiler und Kommunisten ein allgemeines Handgemenge, dem erst dadurch ein Ende bereitet wurde, daß die Mitglieder aller Fraktionen die Kammerbühne trennten und der Vorsitzende die Sitzung aufhob.

Keine allgemeine Tarifiermächtigung.

Die Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Am 24. und 25. November 1930 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage, wie weit und in welcher Weise die

Reichsbahn bei dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung durch Senkung der Tarife helfen kann. Eine allgemeine Tarifiermächtigung zurzeit zu genehmigen, sieht sich der Verwaltungsrat nicht in der Lage, da die damit verbundenen Wiedereinnahmen dazu zwingen würden, so scharfe Drosselungen bei der notwendigen Beschaffung von Schienen und Wagen sowie bei der Ausführung von Bauten vorzunehmen, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebsfähigkeit noch von dem der Befähigung der Arbeitslosigkeit tragbar wären. Die Senkung von einzelnen Tarifen wird schon bisher, soweit es die Finanzlage irgend gestattet, dauernd durch Ausnahmetarife vorgenommen, um Produktion und Arbeitsmarkt zu befruchten. In diesem Sinne gab der Verwaltungsrat die Genehmigung, den Kohlenpreis für die Ausfuhr und nach Wettbewerbsgebieten zum 1. Dezember wesentlich herabzusetzen. Eine günstige Auswirkung auf Kohlenbedarf und auf die allgemeine Preis- und Wirtschaftsgestaltung kann aus dieser Senkung von Kohlenpreisen erwartet werden. Im übrigen prüft die Hauptverwaltung der Reichsbahn die Möglichkeit von Frachterleichterungen bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung, um die Preisentlastung der Reichsregierung zu helfen. Der Anteil der Fracht, namentlich am Kleinhandelspreis, bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung wird freilich immer wieder weit überschätzt. Der Verwaltungsrat beschäftigte sich eingehend mit der weiteren Finanzwirtschaft der Reichsbahn. Die Finanzlage hat sich infolge der Wirtschaftskrise und des Wettbewerbs anderer Verkehrsmittel dahin entwickelt, daß für das Jahr 1930 mit einer Mindereinnahme von über 700 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden muß. Es tritt für dieses Jahr eine Erleichterung dadurch ein, daß das Reich in dankenswerter Weise auf langfristige Forderungen an die Reichsbahn verzichtet hat und daß ein Vortrag aus dem Ertragsjahr früherer Jahre zur Verfügung steht. Eine Anpassung des gesamten Betriebsdienstes an den gesunkenen Verkehr und die Drosselung schon jetzt notwendiger Sachausgaben ist bereits für 1930 bis aufs Äußerste durchgeführt. Daraus ergibt sich die Schwelgerigkeit für das Jahr 1931, in dem einmalige Sünden, wie in diesem Jahr, kaum zu erwarten sein werden. Lediglich steht eine Mindereinnahme von etwa 19 Millionen Reichsmark durch die Senkung des Kohlenpreises als sicher fest; eine Gegenpart, die durch die Mindereinnahmen aus der erwähnten Kohlentarifiermächtigung und aus der vermehrten Abwanderung der Kohle auf die Wasserstraßen aufgebracht wird. Weitere Ersparnisse sind aus der vom Reich beabsichtigten Derbählung der Beamtengehälter zu erwarten, der sich die Reichsbahn bezüglich ihrer Beamtenzahl anpassen wird. Die Mitglieder des Vorstandes haben dem Verwaltungsrat gegenüber auf 20 v. D. ihrer gesamten Bezüge verzichtet. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, alle Dienstauswärtigenabgaben vom 1. Januar 1931 ab um 20 v. D. herabzusetzen. Weitere Entlastungen durch verringerte Personalausgaben und gesteuerte Preise sind im nächsten Jahre zwar zu erwarten, reichen jedoch nach der jetzigen Sachlage nicht aus, die zu erwartenden Mindereinnahmen auszugleichen. Bei dieser Finanzlage hält es der Verwaltungsrat mehr als je für nötig, die Wirtschaft der Reichsbahn mit der größten Vorsicht zu führen. Aus der Finanzwirtschaft des Jahres 1931 muß auf klarer Grundlage ausgeht werden. Durch die Erhaltung gesunder Reichsbahnfinanzen wird der deutschen Wirtschaft der beste Dienst geleistet.

Ernennung von parlamentarischen Erledigung der Finanzfrage.

Berlin, 27. Nov. In den Besprechungen mit den Parteiführern hat der Reichstanzler nochmals hervorgehoben, daß er, wenn irgend möglich, das Finanzprogramm auf parlamentarischen Wege erledigen wolle. In diesem Falle wird der Reichstag wahrscheinlich bis zum 23. Dezember versammelt bleiben. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird sich im Laufe des heutigen Tages mit dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Reichstanzler beschäftigen.

Die deutsche Wirtschaft im Urteil Americas.

Berlin, 26. Nov. Im Rahmen der Vortragsreihe „Zum Kampf gegen die Krise“ sprach heute auf der Deutschen Welle der Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Frederick W. King, über „Die deutsche Wirtschaft im Urteil des Auslandes“. Er führte etwa folgendes aus: „Was Deutschland in den letzten zwölf Jahren geschaffen hat, hat die ungeschätzte Bewunderung der Amerikaner erregt, die ihre Kapitalien nicht in Fabriken in Deutschland und in Anleihen für Deutschland anlegen würden, wenn sie nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wären. Während Wirtschaftler Americas sind überzeugt, daß sich Amerika im eigenen Interesse der Lösung des Problems der Reparationen und Kriegsschulden und damit der Weltwirtschaftskrise wird hingehen müssen. Im Hinblick auf Deutschland findet der Amerikaner, daß die Warenpreise für den Innenmarkt häufig über dem Ausfuhrpreis liegen und daß die Spanne zwischen dem Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen weit größer ist als in America. Der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten ist zu kostspielig. Bezüglich der vermeintlichen Überproduktion scheint, daß der deutsche Innenmarkt von der eigenen Wirtschaft vernachlässigt und den Auslandsmärkten als der Quelle allen Reichtums zu großer Wert beigelegt wird. Ausfuhrmöglichkeiten sind für die deutsche Wirtschaft Lebensbedingung, aber von einer Sättigung des deutschen Marktes kann wohl nicht die Rede sein. Die Warenpreise müssen gesenkt, der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten gekehrt werden, und wenn dann die Kreise sich mehr dem Weltniveau nähern, so wird auch die Kaufkraft da sein, um das Geschäft und die Produktion lohnend zu gestalten. Mit Rücksicht auf die zunehmende Anhäufung von Kapital und Gold in den Vereinigten Staaten, die dafür keine entsprechende Verwendung haben, ist es notwendig, überschüssiges Kapital im

Anzeigenpreis:

Die einseitige Beilage
oder deren Raum 25 J.
Reklame-Zeile 10 J.
Kollektiva-Beilage 100
Proz. Zuschlag. Mehrere
und Auskunftsleistungen
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Mahner-
fahrens häufiger wird.
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifänder-
ungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Austr. wird keine
Gebühr übernommen.

Auslande anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, dessen Ausgabensicherheit in America mit 100 Prozent angelegen wird, ein Betätigungsgebiet ersten Ranges darstellt. America hat, so ichloß der Redner, den Krieg schon längst vergessen und bemüht sich aufrichtig, den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft innerhalb seiner Fähigkeiten hilfreich zur Seite zu stehen.

Ausland.

Deutsche Note an Amerika?

Paris, 27. Nov. Der „Matin“ weiß heute von einem angeblich recht peinlichen Konflikt zwischen Deutschland und Amerika in der Abrüstungsfrage zu berichten. Vor wenigen Tagen habe der deutsche Botschafter in Washington eine Demarche unternommen, um im Namen der deutschen Regierung um Aufführung zu bitten über die diplomatischen Verhandlungen zwischen Washington, London und Paris zur Ergänzung des Kellogg-Paktens. Der amerikanische Staatssekretär Stimson habe wahrheitsgetreu geantwortet, daß der unerbittliche Meinungsunterschied zwischen den drei Hauptstädten über den Abschluß eines Konventionsabkommens noch nicht die Form regelrechter Verhandlungen angenommen habe, aber Stimson habe dabei gleich die Gelegenheit wahrgenommen, um „angelehnt“ der Tatsache, daß der deutsche Vertreter einen derart großen Eifer für jede politische Initiative an den Tag gelegt hätte, ihm mit aller Offenheit zu erklären, daß die Haltung Deutschlands in Bezug die Abrüstungsdebatte nicht erleichtere, und daß Deutschland mit seiner Drohung der Wiedereröffnung einer schweren Verantwortung auf sich laste. Die Vorstellungen Stimmons hätten, so wird im „Matin“ weiter gesagt, in der Wilhelmstraße einen derartigen Eindruck gemacht, daß das Berliner Auswärtige Amt sofort ein ausführliches Memorandum über die Haltung Deutschlands zum Abrüstungsproblem nach Washington geschickt habe. Das Dokument unterliege augenblicklich der Prüfung des Washingtoner Staatsamts.

Verfallter Vertrag und Moskau.

Paris, 27. Nov. Die in dem Auslageakt des Generalstaatsanwalts Kriewitz und in den Auslagen Kaufmans erhobenen Beschuldigungen, Briand und Boinecaré hätten sich zugunsten einer kriegerischen Intervention ausgesprochen, deren Ziel die Vernichtung Sowjetrußlands und Vordringung russischer Gebiete sei, sind zuerst von dem französischen Geschäftsträger in Moskau und dann von dem genannten französischen Staatsminister selbst als Phantasiegebilde bezeichnet worden. Die heutige offizielle Pariser Presse bezieht sich mit diesen beiden Dementis nicht und erklärt, daß Moskau einen ausgeprochen unfreundlichen Akt gegenüber Frankreich begangen habe, denn trotz der Vorhaltungen des französischen Geschäftsträgers noch vor Beginn des Prozesses werde andauernd über Frankreichs angebliche Rolle gesprochen, und der ganze Prozeß sei auf die Propaganda gegen die französische Diplomatie eingestellt. Der „Matin“ verlangt, daß dem sowjetrussischen Botschafter in Paris, Dompalewski, unverzüglich die Bässe ausgehändigt werden sollten. Eine Ausnahme macht das Blatt der Küllungsindustrie „L'ordre“ hinsichtlich der Behandlung Sowjetrußlands. Es fragt sich, ob man in Borodjlow nicht den russischen Bonaparte erblicken könne und kommt auf folgende Kernfrage: „Ist es denn überhaupt vernünftig zu sagen, daß Frankreich den russischen Bolschewismus vernichten will?“ Die Antwort des Blattes lautet: „Nein, wir wollten uns jeder Beeinflussung fernhalten, denn eine Mißliebe Rußlands zu einem normalen Regime würde Frankreich in eine äußerst heisse Lage bringen. Das neue Rußland würde auf politischem Gebiet noch viel gefährlicher sein als das jetzige. Es würde die Forderung stellen, die zwischen den Alliierten im Jahre 1915 geschlossenen Vereinbarungen zu disziplinieren und die Abkündigung des Verfallter Vertrages beantragen. Schon aus diesem Grunde ist es nicht richtig, daß sich Briand und Boinecaré für den Zusammenbruch des Bolschewismus in Rußland interessieren können. Briand behält die Möglichkeit eines neuen Rußlands stets im Auge. Die Amerikaner und die Deutschen arbeiten daran. Wir haben aber kein Interesse an der Veränderung der Dinge.“ Zum erstenmal wird in einem Pariser Blatt eine der heimlichsten Sorgen der französischen Diplomatie mit solcher Verlautbarung konnte man sagen, der Öffentlichkeit mitgeteilt. Was sonst nur in Gesprächen der französischen Diplomaten leise anklingt, hat das Organ der Küllungsindustrie über die Pariser Tische gerufen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 28. Nov. Am letzten Montag, nachmittags 2 Uhr, hielt die Maler-Zwangsvereinigung Neuenbürg ihre Generalversammlung bei Kiefer ab. Obermeister Winder, der die Versammlung leitete, begrüßte die Erschienenen und erbatete den Geschäfts- und Jahresbericht. Nach dem Verlesen des Protokolls durch den Schriftführer wurde der Kassenbericht entgegengenommen und dem Kassier Entlastung erteilt. Als wichtiger Punkt stand auf der Tagesordnung Neuwahlen. Obermeister Winder wurde durch Affirmation wiedergewählt, wobei aus der Versammlung dem Dank für seine seitherigen Leistungen und dem Vertrauen zu seiner Führung Ausdruck gegeben wurde. Die ausstehenden Ausschlußmitglieder wurden ebenfalls sämtlich wiedergewählt. Dipl.-Ing. Keile, der der Versammlung bewohnte, nahm Gelegenheit, auf Fragen des Gefellenprüfungs- und Auszubildungswesens einzugehen. Einige von ihm gestellte Anträge, die auf eine bessere Kontrolle und Durchführung der Gefellenprüfung abzielten, wurden von der Versammlung angenom-



men. Zum Schluss verlas der Vorsitzende verschiedene eingegangene Rundschreiben und dergleichen, zu denen die Versammlung Stellung nahm. Es ist der Maler-Juwangnung zu wünschen, daß sie auch im kommenden Geschäftsjahr bei ihren familiären Angehörigen das ihr gebührende Interesse findet, und daß ihre Arbeit, die bei dem heutigen wirtschaftlichen Tiefstand besonders erschwert ist, vom wohlverdienten Erfolg begleitet sein möge.

Reutlingen, 27. Nov. (Das wilde Derr.) Die tobensten Novemberhürnen, die Tag und Nacht durch die Hüfte toben und die Wälder durchbeulen, haben in der Volkspantastie die alten Sagen von Wäntes oder Wäntes, vom wilden Derr und wilden Jäger entstehen lassen. Die Form 's Wäntes' ist eigentlich ein Wesensfall und heißt vollständig des Wäntes, d. i. Wäntes, Wödan und sein Anhang oder alles, was zu ihm gehört. Er mit seinen Leuten. 's Wäntes ist gleichbedeutend mit Wödanohör. In Reutbach, Lautern, Gisingen und in manchen Orten auf dem Albuch hat man oft das 'Wäntesher' gehört, besonders in den Adventsnächten. Es macht Krust und zieht faszend und draufend durch die Luft. Dabei hört man die verschiedensten Stimmen, hohe und tiefe, ja ganz tiefe, die erschrecklich heulen. Wenn es begegnet, den nimmt es mit in die Luft, wenn er nicht zur rechten Zeit sich mit dem Gesicht auf die Erde wirft. Dies Wäntesher, sagt man, sei der Teufel mit seinen Scharen, nämlich mit Geistern, die aus dem Himmel verstoßen worden, und mit ungetauft gebliebenen Kindern. Auf dem Karmelstein, das ist der mittlere Fels von den drei großen Felsmassen auf dem Karmelstein bei Reutbach, zeigte sich früher oftmals ein feuriger Jäger, der hatte ein feuriges Hund und ein feuriges Schwertgewebe und rief beständig ho ho ho ho, wenn es aus dem Walde kam und den Felsen betrug. Man nannte ihn wohl auch das 'feurige Männlein'. Bei Gmünd hörte man sonst in den Adventsnächten den Spantennjäger. Der kam aus dem Walde Spantennjäger bei Kallungen mit vier Schimmeln vor die Stadt gefahren, indem er beständig knallte. Auch mehrere besondere Hunde begleiteten den Jäger. Am Tore schellte er beständig; wenn dann aber jemand aufmachte, war er bereits um die Stadt herumgeführt und zog an dem anderen Tore. Man hörte ihn oftmals seine Hunde locken, indem er rief: Du Dag Dag, Du Dag! In dem Walde zwischen Goppingen und Hohenhausen reitet der Schimmelreiter auf einem großen, prächtigen Gaul. Er ist als Jäger gekleidet und tut niemand etwas zu Leide. Indes geht immer ein heftiger Wind vor ihm her und begleitet seinen Jag durch den Wald. Den Schimmelreiter kennt man übrigens überall im Schwabenlande. Das Wäntesher im Remstal, auch Wäntesher genannt, ist der heibste Teufel mit seiner Schwarm. Es läßt sich nur dann mit entschuldigtem Gesicht hören wenn dem Lende Krieg, Pest oder Teuerung bevorsteht. Der Jag derselben geht über die Milchstraße hin. In manchen Gegenden heißt es auch das wilde Derr. Besonders zu Weihnachten, in den zwölf Nächten, hört man es. Es zieht nur bei Nacht lärmend und toben dahin. Im Spätherbst hört man es auch im Kottmannswalde bei Böhmendorf. Da kommt es vom Wechberg her mit Jagdgeschrei und Hundebellen. Der Jag fährt durch den ganzen Kottmannswald so heftig, daß selbst die härtesten Waldbäume sich auf den Boden legen.

(Wetterbericht.) Infolge der Depression im Nordwesten, die die Wetterlage bederrt, ist für Samstag und Sonntag meißens bedecktes, auch zu weiteren Niederschlägen geeignetes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Reihingen, 27. Nov. (Brandfall.) Abends 4 Uhr brach im Anwesen des 'Ditsch' Feuer aus, das schnell um sich griff. Die Scheuer brannte bis auf den Grund nieder, während das Wohnhaus nur teilweise abbrannte. Die Rotorsche von Nagold war am Brandplatz erschienen und auf ihr Eingreifen ist es zurückzuführen, daß das Wohngebäude nicht vollständig abbrannte.

Heilbronn, 27. Nov. (Neuer Vorstand der Handwerkskammer.) In der Vollversammlung der Handwerkskammer Heilbronn wurde an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen jahrelangen Vorsitzenden der Kammer, Käfersobermeister Schurr, Dekorationsmaler Karl Dilyert-Heilbronn mit 2 von 24 Stimmen gewählt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Schmiedemeister Ernst Schneider-Carlshelm, Mechanikermeister Emil Schumacher-Heilbronn, Bäckermeister Johann Dieb-Heilbronn, Sattlermeister Karl Koch-Waildorf, Maurermeister Gottlob Gruber-Murr. Als stellvertretende Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Gipslermeister Hans-Heilbronn und Schneidermeister Leopold-Rosendorf.

Stuttgart, 27. Nov. (Abgeschickung in Safer und Gerste.) Die Fraktion des Bauernbunds hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Der Absatz von Safer und Gerste ist zurzeit fast unmöglich und die Preise dafür sind so tief gefallen, daß eine schnelle Abhilfe dringend nötig ist. Die unverzügliche Einführung eines entsprechenden Einfuhrbeschränkungs für Safer und Gerste könnte hier Erleichterung schaffen.

Wetzlar, 27. Nov. (Sturmchaden.) Der Sturm in den letzten Tagen verursachte im Gemeindefeld starke Windfälle, namentlich bei den Stadtwurzelnden Fichten. Es wurden etwa 100 Fm. umgerissen. Darunter sind besonders freckbrunn Weistannen mit 3-5 Fm. Zwei 120jährige Tannen wurden vom Wind zerhackt. Glücklicherweise ist das vom Forstamt ausgezeichnete und zum Vieh bestimmte Holz nur zu einem Teil geschlagen. Der diesjährige ordentliche Abzugplan wird darum nicht weiter ausgeführt. Etwa 100 Arbeiter besorgen die Aufbereitung des Holzes. Der Schaden, der durch den Windfall in die Pfarrkirche entstand, beläuft sich auf mehrere hundert Mark.

Schwanningen, 27. Nov. (Keine Veruntreuungen?) In der Meldung der Volkstimme über große Veruntreuungen teilt die Revue W.G. mit, daß an dem Gericht, der Londoner Vertreter der Firma habe Geschäftsgelder in Höhe von 150 000 Mark für sich verwendet, kein wahres Wort sei. Der betreffende Herr sei in voller Freundschaft aus ihren Diensten geschieden, weil er einen anderen, ihm besser zuzugewandten Wirkungskreis gefunden habe. Für die Ermittlung des Urhebers des falschen Berichtes steht die Firma eine Belohnung von 100 Mark aus.

Baden.

Worzhelm, 26. Nov. (Unter dem Vorhug des Schlichters.) Dr. Kimmich wurde am Dienstag zwischen dem Arbeitgeberverband für Worzhelm und Umgebung und den Metallarbeiterverbänden vereinbart, daß der bisherige Tarifvertrag bis zum 30. Juni 1932 verlängert wird.

Bermischtes.

Neubauprogramm des Lloyd. Die Deutsche Volkspartei hielt in Bremen eine Wahlversammlung ab, in der Senator Bömers, das Ausschussmitglied des Norddeutschen Lloyd, auf die Bauvorhaben des Norddeutschen Lloyd einging. Der-

nach sollen nach einem Fünfjahresplan 500 000 Bruttoregister-tonnen neue Schiffe den deutschen Werften in Auftrag gegeben werden. 68 vom Hundert der Kosten dieser Schiffsbauten seien Arbeitslohn und 27 000 deutsche Arbeiter würden für 5 Jahre neue Beschäftigung finden. Die Mittel sollen durch Kapitalbeschaffung im Ausland im Einverständnis mit der Reichsregierung herbeigeholt werden. — Der Neubauplan steht offenbar in Zusammenhang mit dem schon bekannten Projekt, die liberalisierte Tonnage der Gemeinschaft Lloyd-Dapag von über 800 000 Bruttoregister-tonnen abzurufen.

Zweifelhaft. „War Ihr Onkel noch im vollen Besitz seiner Geisteskräfte, als er starb?“ „Ich weiß es nicht. Das Testament ist noch nicht eröffnet.“

Die schönste Erfindung. „Es ist wirklich staunenswert, was in letzter Zeit alles erfunden wurde! Telephonie ohne Draht, Radrennen ohne Pferd, Pulver ohne Rauch.“ „Jetzt fehlt nur noch ein!“ „Und das wäre?“ „Mitgift ohne Frau.“

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 27. Nov. (Schlachtochmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am 18. Nov. und Schlachthof wurden zugeführt: 2 Ochsen, 1 Bull, 13 Jungbullen, 36 Jungkälber (amortisiert 12), 10 Kälber, 155 Kälber, 450 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 45—47 (letzter Markt usw.), b 42—44 (usw.), Jungkälber a 53—55 (usw.), b 46—50 (47—51), c 39—44 (43—44), Kälber —, Kälber b 63—65 (64—68), c 52—60 (56—62). Schweine a je 100 Pfd. —, b schließliche von 240—300 Pfd. 67 bis 69, c von 200—240 Pfd. 67—68 (64—65), d von 160—200 Pfd. 66—67 (63—64), e schließliche von 120—160 Pfd. 66—67 (61—63). Sauren 48—54 (48—53) M. Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberhand, Kälber langsam, Schweine bei schwacher Zufuhr lebhaft.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 27. Nov. (Nach in Stuttgart ist nun eine Ortsgruppe Unabhängiger Demokraten gegründet worden, wie solche in den letzten Monaten in den verschiedenen Orten des Reiches durch ehemalige Angehörige der Deutschen Demokratischen Partei, die die Umwandlung in die Staatspartei nicht mitgemacht haben, ins Leben gerufen worden sind. Der Vorsitz wurde Rechtsanwalt Dr. Reiser-Pögel übertragen, der auch die Ortsgruppe auf der am Samstag und Sonntag in Kallungen abgehaltenen konstituierenden Tagung vertreten wird.)

Stuttgart, 27. Nov. (Zum Schluß der heutigen Landtags-Sitzung hat Landtagspräsident Müller die Abgeordneten, in ihren Reden sich auf das Notwendige zu beschränken und nicht alle möglichen Dinge in die Debatte hereinzuwerfen. Auf diese Weise könnten die Beratungen des Landtags nicht vorwärts kommen. Er behalte sich deshalb vor, in der nächsten Zeit dem Reichstagen des Landtags die Bitte um Beschränkung der Redezeit der Abgeordneten zu unterbreiten.)

Berlin, 27. Nov. (Offen wurde auf der Strecke Angermünde—Potsdam in der Nähe der Blockstelle Berlin auf den Zug D 17 (Berlin-Stettin) ein Vitenstahl verlegt. Auf den Bahnhöfen sind ein ausgehobener Kilometerstreifen im Gewicht von rund 1 1/2 Zentner und schwere Geländestücke gelegt worden. Der Schienenrücken der D Zug-Lokomotive geräuschlos jedoch das Hindernis. Der Zug fuhr ohne Aufenthalt nach Potsdam weiter. Reisende wurden nicht verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört. Die Untersuchung ist noch im Gange und wird geführt von der Staatsanwaltschaft Prenzlau, der Kriminalpolizei und Verwaltungsstelle der Reichsbahndirektion Berlin.)

Berlin, 27. Nov. (In Wuppertal (Sarmen-Eberfeld) ist in der Metallindustrie eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und den Metallarbeitergewerkschaften zustande gekommen, nach der die Lohnsätze um sechs Prozent erhöht werden. Die Vereinbarung kann frühestens zum 30. Juni 1931 gekündigt werden.)

Eberswalde, 27. Nov. (Der ausführende Richter des Eberswalder Amtsgerichts, Amtsgerichtsrat Professor Gödicke, wurde heute mittig vor dem Portal der Forstlichen Hochschule von dem Friseur Bornlein aus der Stettiner Straße durch einen Schuß in den Kopf niedergestreckt. Der Täter war auf Amtsgerichtsrat Gödicke mit dem Worten hergetreten: Sie haben mich ruiniert! Gleich darauf zog er seinen Revolver und schoss. Der schwerverletzte Richter wurde sofort in das Augustin-Viktoria-Krankenhaus gebracht. Ob es gelingen wird, ihn zu retten, ist fraglich. Der Täter wurde verhaftet. Nach seinen Worten ist ein Raubmord anzunehmen.)

Beuthen, 27. Nov. (Einert Blättermeldung zufolge ist der polnische Generalkonsul Molhonne in Beuthen zum polnischen Außenminister für Versicherung über die Vorgänge der letzten Tage nach Warschau berufen worden.)

Rattowitz, 27. Nov. (Wie die Rattowitzer Zeitung meldet, häufen sich die Nachrichten aus verschiedenen Orten der Wojewodschaft, besonders aber aus dem Kreis Bydgosk, daß den Austrägern der genannten Zeitungen nicht nur Drohbriefe zugehen, sondern daß sie auch mündlich angegriffen werden. Unter diesen Umständen haben sich namentlich Frauen veranlaßt gesehen, das Austragen der deutschen Zeitungen in den Landgemeinden gänzlich zu unterlassen.)

Rattowitz, 27. Nov. (Anlässlich der Gewaltakte gegen das Deutschtum wendet sich die polnische Opposition zum Teil in recht scharfer Weise gegen die Politik des Wojewoden Graczyński und sein Protektor über den Aufständischenverband. Durch Graczyński's Aufständischenverband sei die polnische Diplomatie in eine außerordentlich peinliche Lage gebracht worden und es sei noch nicht abzusehen, was für internationalen Bewilligungen Polens daraus noch entstehen könnten. Der Aufständischenverband unter dem Protektorat des Wojewoden Graczyński gefährde das Ansehen Polens im Ausland auf das Schlimmste.)

Kom, 27. Nov. (Ueber die heutige Zusammenkunft zwischen Orandi und Lewski Kuschi bei Kom wurde folgende Mitteilung abgegeben: Die beiden Außenminister haben in einer mehr als einhelligsten sehr herzlichen Unterredung zunächst ihre Ermüthigung über die glückliche Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Türkei Ausdruck gegeben und sodann die verschiedenen ihre Länder interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen geprüft, wobei sie eine übereinstimmende Beurteilung aller Punkte schlossen.)

Paris, 27. Nov. (Die Agentur Indo Pacific berichtet aus Schanghai, daß sich die Lage auf dem chinesischen Seidenmarkt verhältnismäßig habe. Fast sämtliche Seidenplanerereien — in Schanghai selbst 100 von 108 — seien geschlossen und 500 000 Arbeiter brotlos. 10 000 Ballen Seide seien im Hafen von Schanghai aufgesperrt, da sie keine Abnehmer finden.)

Lissabon, 27. Nov. (Das Flugschiff „Do. X“ ist um 16.20 Uhr (MEZ) hier eingetroffen. Das Flugschiff „Do. X“ ist um 4.20 Uhr (MEZ) auf dem Tejo gegenüber der portugiesischen Marineflottille gelandet. In seinem Empfang hatten sich der deutsche Geschäftsträger, portugiesische Marineattaché, ein Vertreter der portugiesischen Seeherrschaft, Vertreter der Lissaboner Behörden und zahlreiche Zuschauer eingefunden. Nach Auslassung der Besetzung ist der Flug von La Coruna nach Lissabon gut verlaufen. Das Flugschiff hatte adrethelnd gutes und schickes Wetter und mußte teilweise gegen heftigen Sturm ankämpfen. Vor dem Niedergehen auf dem Tejo hatte der „Do. X“ Lissabon überflogen, wobei er von der Menge jubelnd begrüßt wurde. Bei der Landung des „Do. X“ war auch Dr. Dormier zugegen. Unter seiner Führung wurde das Flugschiff von den offiziellen Persönlichkeiten und Vertretern der Presse befragt. Nach der Zeitungs- und Sonntagskontrolle wurden die Passagiere ausgenommen. Es verlautet, daß der „Do. X“ am Sonntag nach Cadix weiterfliegen wird.)

Doslo, 27. Nov. (Das Nobelkomitee des norwegischen Storting hat den Nobelpreis für 1929 dem früheren amerikanischen Staatssekretär Kellogg und den Friedenspreis für 1930 dem schwedischen Erzbischof Nathan Söderblom zuerkannt.)

Doslo, 27. Nov. (Wie hier verlautet, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die beiden armenen Träger der Friedensnobel-

preise für 1929 und 1930, der frühere Staatssekretär Kellogg und Erzbischof Söderblom persönlich nach Oslo kommen werden, um am 10. Dezember d. S. die Friedenspreise entgegenzunehmen. Die Höhe der heute zuerkannten Friedenspreise beträgt rund 194 000 Mk.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung im Landtag.

Stuttgart, 27. Nov. (Der Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Großen sozialdemokratischen Anfrage betr. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Verbindung mit einigen weiteren Anträgen. Der Abg. Weimer (Soz.) begründete die Große Anfrage seiner Partei. Er betonte dabei, man solle endlich mit dem dummen Geschwätz von dem mangelnden Arbeitswillen aufhören und vertrat die Ansicht, daß die Preisabsenkung, an deren Erfolg er nicht glaube, nur den Lohnabbau schmachtlicher machen solle. Die Notlage der Arbeitslosen erfordere dringend die Arbeitsbeschaffung. Nachdem dann noch Bestimmungen vorgenommen, der nationalsozialistische Antrag gegen die Regierung und mehrere kommunistische Anträge abgelehnt, sowie die Anträge Bauer (W.L.) und Bölscher (W.L.) betr. Revision des Youngplans angenommen worden waren, ergriff Wirtschaftsminister Dr. Raier das Wort, um darzulegen, was die württembergische Regierung gegen die Arbeitslosigkeit bezugl. für die Beschaffung von Arbeit getan hat. Er erinnerte an das im Juni vom Landtag verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das nicht weniger als 20 Millionen in das Wirtschaftsgebiet von Stuttgart und Göttingen geworfen werden, ferner an den Redaktionsabdruck bei Heilbronn, eine Notstandsarbeit von größtem Ausmaß mit insgesamt 250 000 Arbeitslosentagewerken. In dem in dieser Hinsicht am letzten Freitag abgeschlossenen Vertrag sei jetzt noch die Zustimmung des Landtags und des Reichsverbandes der Arbeitgeber erforderlich. In dieser großen Notstandsarbeit kämen dann im Winterprogramm noch 55 größere Notstandsarbeiten im ganzen Land mit verhältnismäßig hoher Beschäftigung, ferner 10 kleinere Notstandsarbeiten mit je weniger als 2000 Arbeitslosentagewerken. Was den Wohnungsbau anlangt, so händeln sich 8,1 Millionen zur Verfügung, mit denen 1150 Wohnungen erstellt werden könnten. Befriedigend für einheimische Industrie und Landwirtschaft seien die sogenannten Aufwandsarbeiten. Der Staat habe für rund 38 Millionen R.M. Wohnleistungen der Bürgerschaft übernommen. Wertvoll seien auch die landwirtschaftlichen Meliorationen, für die seit 1921 15 Millionen ausgegeben wurden. Aber weder mit staatlicher Arbeitsbeschaffung noch mit Notstandsarbeiten könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, das Grundproblem liege in der Preis- und Lohnfrage und die Preisentfaltung sei eine selbständige Konsequenz der Lohnsenkung. Verhandlungen über verpönderte namentlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung nicht unerhebliche positive Erfolge. Der Minister ging dann noch auf die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Verklärung der Wochenarbeitszeit in abnehmendem Sinne ein und machte zum Schluß Ausführungen über die finanzielle Benachteiligung Württembergs und der württembergischen Wirtschaft durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung. Bei Berechnung der Großen Anfrage schob der Abg. Dr. Strödel (W.L.) die Schuld an der schlechten Wirtschaftslage der schlechten Wirtschaftspolitik zu. Nach seiner Ansicht kann nur durch vernünftige Agrar-, Bau- und Lohnpolitik das Wirtschaftsleben gefunden. Der Redaktionsabdruck lehnte der Redner namens seiner Fraktion ab. Der Abg. Bollmer (Komm.) zog gegen den kapitalistischen Staat vom Veder und wurde von dem Sozialdemokraten Meyer als Dolmetsch und verkommener Kunststücker voran der Abg. Schind (Komm.) mit dem Jura 'Trüber Stempel' antwortete und mit Latädeliten gegen Meyer drohte, zu denen es aber nicht kam. Anträge wurden gestellt von sozialdemokratischer Seite auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an besonders bedürftige Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, in Höhe von 800 000 R.M. aus Staatsmitteln, während der Abg. Kling (C. W.) für solche Zwecke eine außerordentliche Beihilfe von 50 000 R.M. beantragte. Die Abgeordneten Dr. Bruchmann (Dem.), Ulrich (Soz.), Mayer (D. W.) und Andre (Str.) beantragten außerdem, den Vertrag über den Teilsbau der Redaktionsanstalt Heilbronn im Wege der Notstandsarbeit auszuführen. Am Freitag nachmittag werden die Beratungen fortgesetzt.

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther.

Berlin, 27. Nov. (Auf der heutigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie führte Reichsbankpräsident Dr. Luther u. a. folgendes aus: Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen Währung gezweifelt hat, dann möge ihm die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft notleidend und Volkswirtschaft in Gärung ist, die Reichsmark aber fest steht, eines besseren belehren. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überschätzten Kapitalflüchtlingen in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Wenn in der gegenwärtigen Not immer wieder Gedanken aufleben, die unter Wahrung jeder geschäftlichen Erfahrung neuerliches Geld schaffen wollen, so wird dabei übersehen, daß die Jahre derartiger Experimente von der deutschen Wirtschaft, d. h. vom deutschen Volk, bezahlt werden müßte. Es besteht die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Dennoch, und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Ein im Innern starkes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außerpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille — die Reichsmark hat es gezeigt — erzwingt im Auslande Verhandlungen für deutsche Lebensfragen. Gelänge obendrein die ungeheure Kräfteanwendung zu einer Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einlegung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Lebens. Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftskrise, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozess, durch den Deutschland hindurch zu mühen lassen. Deutschland wird auch hier hindurchkommen, denn in ihm lebt zu viel geistiger Menschensinn, um sich auf das Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen. Derartige Experimente würden das angesehene deutsche Volk seiner Lebensgrundlage berauben. Die Reparationen sind auf die Dauer nur erträglich, wenn Deutschland genügend Märkte hat, in die es ausführen kann. Ebenso wird der Youngplan nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Zinsen erhält. Erst, wenn der Kredit der kurzfristigen Auslandsverschuldung weicht, können sich die wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Auch die lebensfähigsten Vorkämpfer einer Revolution sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revolutionär

haben geben
er trug er
währen zu
Rektorium
und seine
die Fälligkeit
kriert unter
sich wickeln
fordern, was
müssen kon
wirtschaftlich
und nicht be

Das Ergebnis

Berlin, 27. Nov. (In den heutigen Reichstags-Sitzungen wurde die Große sozialdemokratische Anfrage betr. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Verbindung mit einigen weiteren Anträgen. Der Abg. Weimer (Soz.) begründete die Große Anfrage seiner Partei. Er betonte dabei, man solle endlich mit dem dummen Geschwätz von dem mangelnden Arbeitswillen aufhören und vertrat die Ansicht, daß die Preisabsenkung, an deren Erfolg er nicht glaube, nur den Lohnabbau schmachtlicher machen solle. Die Notlage der Arbeitslosen erfordere dringend die Arbeitsbeschaffung. Nachdem dann noch Bestimmungen vorgenommen, der nationalsozialistische Antrag gegen die Regierung und mehrere kommunistische Anträge abgelehnt, sowie die Anträge Bauer (W.L.) und Bölscher (W.L.) betr. Revision des Youngplans angenommen worden waren, ergriff Wirtschaftsminister Dr. Raier das Wort, um darzulegen, was die württembergische Regierung gegen die Arbeitslosigkeit bezugl. für die Beschaffung von Arbeit getan hat. Er erinnerte an das im Juni vom Landtag verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das nicht weniger als 20 Millionen in das Wirtschaftsgebiet von Stuttgart und Göttingen geworfen werden, ferner an den Redaktionsabdruck bei Heilbronn, eine Notstandsarbeit von größtem Ausmaß mit insgesamt 250 000 Arbeitslosentagewerken. In dem in dieser Hinsicht am letzten Freitag abgeschlossenen Vertrag sei jetzt noch die Zustimmung des Landtags und des Reichsverbandes der Arbeitgeber erforderlich. In dieser großen Notstandsarbeit kämen dann im Winterprogramm noch 55 größere Notstandsarbeiten im ganzen Land mit verhältnismäßig hoher Beschäftigung, ferner 10 kleinere Notstandsarbeiten mit je weniger als 2000 Arbeitslosentagewerken. Was den Wohnungsbau anlangt, so händeln sich 8,1 Millionen zur Verfügung, mit denen 1150 Wohnungen erstellt werden könnten. Befriedigend für einheimische Industrie und Landwirtschaft seien die sogenannten Aufwandsarbeiten. Der Staat habe für rund 38 Millionen R.M. Wohnleistungen der Bürgerschaft übernommen. Wertvoll seien auch die landwirtschaftlichen Meliorationen, für die seit 1921 15 Millionen ausgegeben wurden. Aber weder mit staatlicher Arbeitsbeschaffung noch mit Notstandsarbeiten könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, das Grundproblem liege in der Preis- und Lohnfrage und die Preisentfaltung sei eine selbständige Konsequenz der Lohnsenkung. Verhandlungen über verpönderte namentlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung nicht unerhebliche positive Erfolge. Der Minister ging dann noch auf die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Verklärung der Wochenarbeitszeit in abnehmendem Sinne ein und machte zum Schluß Ausführungen über die finanzielle Benachteiligung Württembergs und der württembergischen Wirtschaft durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung. Bei Berechnung der Großen Anfrage schob der Abg. Dr. Strödel (W.L.) die Schuld an der schlechten Wirtschaftslage der schlechten Wirtschaftspolitik zu. Nach seiner Ansicht kann nur durch vernünftige Agrar-, Bau- und Lohnpolitik das Wirtschaftsleben gefunden. Der Redaktionsabdruck lehnte der Redner namens seiner Fraktion ab. Der Abg. Bollmer (Komm.) zog gegen den kapitalistischen Staat vom Veder und wurde von dem Sozialdemokraten Meyer als Dolmetsch und verkommener Kunststücker voran der Abg. Schind (Komm.) mit dem Jura 'Trüber Stempel' antwortete und mit Latädeliten gegen Meyer drohte, zu denen es aber nicht kam. Anträge wurden gestellt von sozialdemokratischer Seite auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an besonders bedürftige Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, in Höhe von 800 000 R.M. aus Staatsmitteln, während der Abg. Kling (C. W.) für solche Zwecke eine außerordentliche Beihilfe von 50 000 R.M. beantragte. Die Abgeordneten Dr. Bruchmann (Dem.), Ulrich (Soz.), Mayer (D. W.) und Andre (Str.) beantragten außerdem, den Vertrag über den Teilsbau der Redaktionsanstalt Heilbronn im Wege der Notstandsarbeit auszuführen. Am Freitag nachmittag werden die Beratungen fortgesetzt.)

Berlin, 27. Nov.

Berlin, 27. Nov. (Auf der heutigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie führte Reichsbankpräsident Dr. Luther u. a. folgendes aus: Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen Währung gezweifelt hat, dann möge ihm die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft notleidend und Volkswirtschaft in Gärung ist, die Reichsmark aber fest steht, eines besseren belehren. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überschätzten Kapitalflüchtlingen in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Wenn in der gegenwärtigen Not immer wieder Gedanken aufleben, die unter Wahrung jeder geschäftlichen Erfahrung neuerliches Geld schaffen wollen, so wird dabei übersehen, daß die Jahre derartiger Experimente von der deutschen Wirtschaft, d. h. vom deutschen Volk, bezahlt werden müßte. Es besteht die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Dennoch, und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Ein im Innern starkes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außerpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille — die Reichsmark hat es gezeigt — erzwingt im Auslande Verhandlungen für deutsche Lebensfragen. Gelänge obendrein die ungeheure Kräfteanwendung zu einer Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einlegung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Lebens. Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftskrise, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozess, durch den Deutschland hindurch zu mühen lassen. Deutschland wird auch hier hindurchkommen, denn in ihm lebt zu viel geistiger Menschensinn, um sich auf das Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen. Derartige Experimente würden das angesehene deutsche Volk seiner Lebensgrundlage berauben. Die Reparationen sind auf die Dauer nur erträglich, wenn Deutschland genügend Märkte hat, in die es ausführen kann. Ebenso wird der Youngplan nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Zinsen erhält. Erst, wenn der Kredit der kurzfristigen Auslandsverschuldung weicht, können sich die wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Auch die lebensfähigsten Vorkämpfer einer Revolution sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revolutionär

Das Ergebnis

Berlin, 27. Nov. (In den heutigen Reichstags-Sitzungen wurde die Große sozialdemokratische Anfrage betr. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Verbindung mit einigen weiteren Anträgen. Der Abg. Weimer (Soz.) begründete die Große Anfrage seiner Partei. Er betonte dabei, man solle endlich mit dem dummen Geschwätz von dem mangelnden Arbeitswillen aufhören und vertrat die Ansicht, daß die Preisabsenkung, an deren Erfolg er nicht glaube, nur den Lohnabbau schmachtlicher machen solle. Die Notlage der Arbeitslosen erfordere dringend die Arbeitsbeschaffung. Nachdem dann noch Bestimmungen vorgenommen, der nationalsozialistische Antrag gegen die Regierung und mehrere kommunistische Anträge abgelehnt, sowie die Anträge Bauer (W.L.) und Bölscher (W.L.) betr. Revision des Youngplans angenommen worden waren, ergriff Wirtschaftsminister Dr. Raier das Wort, um darzulegen, was die württembergische Regierung gegen die Arbeitslosigkeit bezugl. für die Beschaffung von Arbeit getan hat. Er erinnerte an das im Juni vom Landtag verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das nicht weniger als 20 Millionen in das Wirtschaftsgebiet von Stuttgart und Göttingen geworfen werden, ferner an den Redaktionsabdruck bei Heilbronn, eine Notstandsarbeit von größtem Ausmaß mit insgesamt 250 000 Arbeitslosentagewerken. In dem in dieser Hinsicht am letzten Freitag abgeschlossenen Vertrag sei jetzt noch die Zustimmung des Landtags und des Reichsverbandes der Arbeitgeber erforderlich. In dieser großen Notstandsarbeit kämen dann im Winterprogramm noch 55 größere Notstandsarbeiten im ganzen Land mit verhältnismäßig hoher Beschäftigung, ferner 10 kleinere Notstandsarbeiten mit je weniger als 2000 Arbeitslosentagewerken. Was den Wohnungsbau anlangt, so händeln sich 8,1 Millionen zur Verfügung, mit denen 1150 Wohnungen erstellt werden könnten. Befriedigend für einheimische Industrie und Landwirtschaft seien die sogenannten Aufwandsarbeiten. Der Staat habe für rund 38 Millionen R.M. Wohnleistungen der Bürgerschaft übernommen. Wertvoll seien auch die landwirtschaftlichen Meliorationen, für die seit 1921 15 Millionen ausgegeben wurden. Aber weder mit staatlicher Arbeitsbeschaffung noch mit Notstandsarbeiten könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, das Grundproblem liege in der Preis- und Lohnfrage und die Preisentfaltung sei eine selbständige Konsequenz der Lohnsenkung. Verhandlungen über verpönderte namentlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung nicht unerhebliche positive Erfolge. Der Minister ging dann noch auf die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Verklärung der Wochenarbeitszeit in abnehmendem Sinne ein und machte zum Schluß Ausführungen über die finanzielle Benachteiligung Württembergs und der württembergischen Wirtschaft durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung. Bei Berechnung der Großen Anfrage schob der Abg. Dr. Strödel (W.L.) die Schuld an der schlechten Wirtschaftslage der schlechten Wirtschaftspolitik zu. Nach seiner Ansicht kann nur durch vernünftige Agrar-, Bau- und Lohnpolitik das Wirtschaftsleben gefunden. Der Redaktionsabdruck lehnte der Redner namens seiner Fraktion ab. Der Abg. Bollmer (Komm.) zog gegen den kapitalistischen Staat vom Veder und wurde von dem Sozialdemokraten Meyer als Dolmetsch und verkommener Kunststücker voran der Abg. Schind (Komm.) mit dem Jura 'Trüber Stempel' antwortete und mit Latädeliten gegen Meyer drohte, zu denen es aber nicht kam. Anträge wurden gestellt von sozialdemokratischer Seite auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an besonders bedürftige Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, in Höhe von 800 000 R.M. aus Staatsmitteln, während der Abg. Kling (C. W.) für solche Zwecke eine außerordentliche Beihilfe von 50 000 R.M. beantragte. Die Abgeordneten Dr. Bruchmann (Dem.), Ulrich (Soz.), Mayer (D. W.) und Andre (Str.) beantragten außerdem, den Vertrag über den Teilsbau der Redaktionsanstalt Heilbronn im Wege der Notstandsarbeit auszuführen. Am Freitag nachmittag werden die Beratungen fortgesetzt.)

Das Ergebnis

Berlin, 27. Nov. (Auf der heutigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie führte Reichsbankpräsident Dr. Luther u. a. folgendes aus: Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen Währung gezweifelt hat, dann möge ihm die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft notleidend und Volkswirtschaft in Gärung ist, die Reichsmark aber fest steht, eines besseren belehren. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überschätzten Kapitalflüchtlingen in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Wenn in der gegenwärtigen Not immer wieder Gedanken aufleben, die unter Wahrung jeder geschäftlichen Erfahrung neuerliches Geld schaffen wollen, so wird dabei übersehen, daß die Jahre derartiger Experimente von der deutschen Wirtschaft, d. h. vom deutschen Volk, bezahlt werden müßte. Es besteht die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Dennoch, und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Ein im Innern starkes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außerpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille — die Reichsmark hat es gezeigt — erzwingt im Auslande Verhandlungen für deutsche Lebensfragen. Gelänge obendrein die ungeheure Kräfteanwendung zu einer Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einlegung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Lebens. Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftskrise, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozess, durch den Deutschland hindurch zu mühen lassen. Deutschland wird auch hier hindurchkommen, denn in ihm lebt zu viel geistiger Menschensinn, um sich auf das Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen. Derartige Experimente würden das angesehene deutsche Volk seiner Lebensgrundlage berauben. Die Reparationen sind auf die Dauer nur erträglich, wenn Deutschland genügend Märkte hat, in die es ausführen kann. Ebenso wird der Youngplan nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Zinsen erhält. Erst, wenn der Kredit der kurzfristigen Auslandsverschuldung weicht, können sich die wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Auch die lebensfähigsten Vorkämpfer einer Revolution sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revolutionär

Das Ergebnis

Berlin, 27. Nov. (Auf der heutigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie führte Reichsbankpräsident Dr. Luther u. a. folgendes aus: Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen Währung gezweifelt hat, dann möge ihm die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft notleidend und Volkswirtschaft in Gärung ist, die Reichsmark aber fest steht, eines besseren belehren. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überschätzten Kapitalflüchtlingen in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Wenn in der gegenwärtigen Not immer wieder Gedanken aufleben, die unter Wahrung jeder geschäftlichen Erfahrung neuerliches Geld schaffen wollen, so wird dabei übersehen, daß die Jahre derartiger Experimente von der deutschen Wirtschaft, d. h. vom deutschen Volk, bezahlt werden müßte. Es besteht die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Dennoch, und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Ein im Innern starkes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außerpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille — die Reichsmark hat es gezeigt — erzwingt im Auslande Verhandlungen für deutsche Lebensfragen. Gelänge obendrein die ungeheure Kräfteanwendung zu einer Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einlegung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Lebens. Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftskrise, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozess, durch den Deutschland hindurch zu mühen lassen. Deutschland wird auch hier hindurchkommen, denn in ihm lebt zu viel geistiger Menschensinn, um sich auf das Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen. Derartige Experimente würden das angesehene deutsche Volk seiner Lebensgrundlage berauben. Die Reparationen sind auf die Dauer nur erträglich, wenn Deutschland genügend Märkte hat, in die es ausführen kann. Ebenso wird der Youngplan nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Zinsen erhält. Erst, wenn der Kredit der kurzfristigen Auslandsverschuldung weicht, können sich die wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Auch die lebensfähigsten Vorkämpfer einer Revolution sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revolutionär



zeichnung anbieten, der den Rüstungsstand der Welt zu Lande verschleiert, statt eine wirkliche Abrüstung zu bringen, oder der sogar seine Erhöhung gestattet und der von Deutschland gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterzeichnung unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Ich muß Sie bitten, erklärte Graf Bernstorff, einer solchen Aktion endgültig zu entsagen. Was den französischen Zusatzantrag anbelangt, möchte ich erklären, daß die Voraussetzungen allgemein bekannt sind, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als eine vertragmäßige Gegenleistung anerkennen kann. Seit Jahr und Tag sind diese Voraussetzungen von den amtlichen Vertretern Deutschlands bei jeder Gelegenheit ausgesprochen worden. Unser Standpunkt ist der, daß Deutschland einen ersten Ab-

rüstungsvertrag nur dann anerkennen kann, wenn er eine gerechte und der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Deutschland wird die Abrüstungskonvention nur dann beurteilen, so schloß Bernstorff seine Erklärung, ab sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundsatz positiver Sicherheit verwirklicht. Der vorliegende Entwurf, der in den letzten 5 Jahren in dieser Kommission ausgearbeitet wurde, tut dies aber nicht. Der unstrittige, sogenannte EA-Artikel wurde dann mit 11 Stimmen bei Stimmenthaltung Deutschlands, Italiens, Sowjetrusslands und der neutralen Mächte in der folgenden von der französischen und englischen Abordnung beantragten verschärften Fassung angenommen: Das gegenwärtige Abrüstungsabkommen schränkt in keiner Weise die Verpflichtun-

gen ein, die aus den früheren Verträgen herrühren, nach denen gewisse vertragschließende Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, See- und Luftkräften angenommen haben und in denen die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte festgelegt worden sind. Die vertragschließenden Staaten erklären, die in dem Abkommen festgesetzte Grenze für Rüstungen nur annehmen zu können im Hinblick auf die oben erwähnten Verpflichtungen, deren Aufrechterhaltung eine wesentliche Bedingung der Einhaltung des Abrüstungsabkommens bilden. Der Antrag der italienischen, türkischen und bulgarischen Regierungen, den Artikel EA zu streichen und zur Entscheidung an die Konferenz zu verweisen, wurde vom Ausschuss mit 12 gegen die Stimmen von Deutschland, Italien, Rußland, der Türkei und Bulgariens abgelehnt.

Birkenfeld.

Das Stromgeld

Ist unter Angabe des Zählerstandes zu zahlen

Buchst. **A-K** am 1. Dez. je von 9-12 Uhr
L-M " 2. " und von 1-7 Uhr.
T-Z " 3. "

Zugleich wird die Jahresgebühr für Klingeltransformer berechnet.

Fürsler.

Codes-Anzeige.

Mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Sohn, Bruder und Schwiegersohn

Ernst Mitschele, Schneider.

Ist nach einer Operation im Alter von 35 Jahren in die Ewigkeit heimgegangen.

In tiefem Leid:

Die Gattin: **Emilie Mitschele**, geb. Großmann, mit vier Kindern.

Beerdigung: Samstag nachmittag 1/2 4 Uhr.

Für erstklassigen

Klavier-Unterricht

werden jederzeit Schüler angenommen, Anfänger und Fortgeschrittene.

Dora Staub, Neuenbürg, Waldrennacherstr. 373, ehemalige Schülerin der Bad. Hochschule f. Musik, Karlsruhe.

Pelze

Mäntel, Besätze, Halskrautwatten usw.

kaufen Sie in bekannt bester Qualität und billigsten Preisen im Pelzspezialhaus

A. & H. Hilb, Pforzheim, Metzgerstraße 21.

Umarbeitungen werden fachmännisch und billig in eigener Werkstätte ausgeführt. — Zahlungsverleichterung gestattet!

Erwiderung auf den Artikel des Bezirks-Konsumvereins im Freitag-Enztäler.

Zu der Aufklärung, welche die Verwaltung des Bezirkskonsumvereins am letzten Freitag veröffentlichte, möchte ich nur erwidern, daß es nicht meine Absicht war, mich mit diesen Herren im Amtsblatt herumzustritten. Nachdem aber die Mitglieder in Conweiler von diesen Herren durch Flugblätter und Hausagitation, mit Verleumdungen und Unwahrheiten über mich und meine Frau, bearbeitet wurden, war ich zu diesem Schritt gezwungen. Die Verwaltung schreibt, in unserem Haus wehe kein genossenschaftlicher Sinn. Da möchte ich doch an die Herren die Frage stellen, ist das genossenschaftlich, wenn man mich mit aller Gewalt unterdrücken will? Die Behauptung, daß ich ohne die Hilfe des Konsumvereins in dieselbe mißliche Lage gekommen wäre, wie mein Vorgänger, ist insofern nicht stichhaltig, als derselbe lediglich aus Krankheitsgründen den Betrieb an mich verkaufte und heute ein begüterter Landwirt ist. Die Herren von der Verwaltung schreiben, meine Frau habe das Geld neben ihrer Haushaltung verdient. Diese Behauptung muß ich entschieden zurückweisen. In Conweiler weiß jedes Mitglied, daß wir oft zwei oder drei Personen waren, die bedient haben, auch nicht nur 8 Stunden im Tag, sondern 14 bis 16 Stunden arbeiten mußten.

Was den Verdienst anbelangt, so kann ich anhand von unterschriebenen Aufstellungen einwandfrei beweisen, daß ich weit unter dem in der Erwiderung angegebenen Betrag entlohnt worden bin. Der Konsumverein behauptet sodann, ich sei durch ihn in die Lage versetzt worden, mir einen Dampfen einbauen zu lassen. Auf wie schwachen Füßen diese Behauptung beruht, kann ich damit beweisen, daß ich in Zeiten größter Krisen um das Weiterbestehen der Genossenschaft mit verhältnismäßig großen finanziellen Opfern, die persönliche Haftung bedingten, eingesprungen bin. Diese Tatsache wurde bei einer Jahresversammlung von dem damaligen Geschäftsführer besonders hervorgehoben. Auch hierüber sind nachweisbare Belege vorhanden. Darin beruht der Mangel an genossenschaftlichem Sinn, der mir von der gegenwärtigen Verwaltung vorgeworfen wird.

Conweiler, 26. November 1930.

Karl Frandt.

Dobel-Lehensägmühle.

Familie Riehle im Epachtal gibt bekannt, Daß sie Abschied nimmt vom schönen Schwabenland. Zum Sonntag abend laden ein ins Hotel Funk. Freund und Feind sie zum Abschiedstrunk.

Allerseits ein herzliches Lebewohl Familie Riehle.

Schneiderzwangsinnung

für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben des Herrn

Ernst Mitschele,

Schneiders in Pforzheim, geziemend in Kenntnis.

Beerdigung Samstag nachmittag 1/2 4 Uhr.

Der Vorstand.

W. Forstamt Calmbach.

Forstmeisterrevier.

Reifig-Verkauf

Am Montag den 1. Dez. 1930, nachmittags 5 1/2 Uhr in Calmbach in der „Sonne“

aus Staatswald I Eiberg

Abt. 8 Schönklänge, 26 Sigbank, 28 Weißer Sol und 29 Kirchenstein; 200 buchene und 690 tannene geschälte Reifigwellen.

Kassen-Bonblöcke

für Wirtschaften und Cafés

sind erhältlich in der

E. Meeschen Buchhandlung, Neuenbürg,

Inh.: Fr. Wiesinger.

Fußball-Verein Neuenbürg, e. V.

Zum Spiel

Königsbach-Neuenbürg

in Königsbach am kommenden Sonntag mittels Omnibus

werden die Mitglieder und sonst Anhänger freundlichst eingeladen. Um der Mannschaft in dem schweren Spiel einen Rückhalt zu bieten, ist zahl-

reiche Teilnahme erwünscht. Fahrpreis 1.50 Mk. hin und zurück. Abfahrt 1/2 1 Uhr, Rückkehr etwa um 1/2 7 Uhr.

Anmeldungen sofort an Vorstand Gähner (Pfannkuch, Tel. 70) erbeten.

Der Ausschuss.

Unreines Gesicht

Büchel, Messer werden unter Garantie durch

VENUS (Stärke A) beseitigt. Preis Mk. 2.75.

Gegen

Sommersprossen (Stärke B) Preis Mk. 2.75.

In Neuenbürg: Apotheke Hugo Bögenhardt. In Herrenald: Kofler-Drug., Gernsbacher Str. 228.

Neuenbürg. Lebensmittel, Bad-, Putz- u. Wasch-Artikel, sowie Zigarren, Zigaretten und Tabake

kauft man gut und billig bei

Rob. Ferembach sen.,

Bahnhofstraße.

Stauben billig! Schlafzimmer u. Küche

auf nur Mk. 575.—

Betten- und Möbelhaus

Klein, Pforzheim,

Schloßberg 11.

Völkersbach

Am Etilingen (Baden). Verkauf eimen

Zucht-farren,

14 Monate alt, Rotfärb.

Wibb. Heinsle.

Kunst- und Blumen-Karten

in schöner Ausfertigung zu haben in der

E. Meeschen Buchhandlung.

Winter-

Mäntel

Mark

Das sind die zeitgemäßen Preise für meine bewährten Qualitäten in

Mark

30.-

Herren-

Winter-Mänteln

Winter-Paletots

schwarz und marengo

70.-

40.-

50.-

Halbschwere Mäntel

modernste Ausführung, die neuesten Modelle in allen Farben

80.-

60.-

Slipons, die neue Form

Tranchcoals, nur mit wasserd. Einlage u. Plaidfutter

Loden-Mäntel, Loden-Slipons

90.-

100.-

Haus-Jacken in allen Farben und Preislagen

Kinder- und Knabenmäntel

in riesengroßer Auswahl, ganz besonders preiswert

Lodenjoppen in allen Größen

Ludwig Lahn

Westliche 2

Pforzheim

Marktplatz

Herren- und Knabenbekleidung